

Union will Kinder von Illegalen in die Schulen holen

BERLIN - Die Union ist offenbar nun doch bereit, die Lage von Kindern zu verbessern, die ohne Aufenthaltstitel in Deutschland leben. Bei einer Fachtagung des „Katholischen Forums Leben in der Illegalität“ und des „Rats für Migration“ sagte der CDU-Innenpolitiker Reinhard Grindel zu, man werde prüfen, ob es bei der Meldepflicht der Schulen für solche Kinder bleiben müsse. Sie gilt als Hauptursache dafür, dass viele illegale Migranten aus Angst vor Entdeckung ihre Kinder nicht zur Schule schicken.

Als Grund für das Umdenken nannte Grindel die innere Sicherheit. Es sei besser, wenn die Kinder in der Schule seien statt auf der Straße. Außerdem verbessere Schulbildung ihre Chancen, wenn sie zurückkehrten, und könnte die Bereitschaft der Eltern fördern, Deutschland zu verlassen. Keinen Anlass für Änderungen sieht er bei der Mitteilungspflicht von Krankenhäusern: Wenn illegale Migranten sich durch eine Klinikbehandlung nicht der Gefahr einer Abschiebung aussetzen wollten, könnten sie sich an „altruistische Einrichtungen“ wenden.

Vor einem Jahr hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Peter Altmaier (CDU) bei der glei-

chen Tagung Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen Illegaler gemacht. Das Thema habe „die Bundespolitik erreicht“, sagte er, eine Studie zur Lage Illegaler werde gerade diskutiert. Der Bericht des Innenministeriums, der dann an den Innenausschuss ging, sah allerdings sogar eine Verschärfung der Meldepflicht vor – obwohl die Studie des Hallenser Juristen Winfried Kluth für das Ministerium festgestellt hatte, dass die deutschen Melde- und Übermittlungsvorschriften zwar die schärfsten Europas seien, aber kaum hilfreich, um illegalen Einwanderern auf die Spur zu kommen.

Die meisten in Deutschland lebenden Illegalen arbeiten hier – etwa als Altenpflegerinnen in Privathaushalten. Nicht nur Schulen, auch das Gesundheitssystem ist ihnen de facto meist verschlossen. Im Praktikergespräch der katholischen „Caritas“ berichtete kürzlich Adelheid Franz, Ärztin der Malteser Migranten Medizin (MMM), dass viele auch schwer oder ansteckend Kranke aus Angst vor Entdeckung spät oder zu spät zum Arzt gingen. MMM ist eine der „altruistischen Einrichtungen“, auf die der Abgeordnete Grindel anspielte, und finanziert sich aus Spenden. ANDREA DERNBACH (MIT KNA)